

AKTUELLE INFORMATION

AUFWÄRTSTREND ODER MOGELPACKUNG?

- Was sich hinter dem BMZ-Haushalt 2001 verbirgt - Ein Kommentar zum Regierungsentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

BMZ-HAUSHALT STEIGT NOMINELL UM 1,7%

Am 21. Juni hat das Bundeskabinett den Entwurf für den Bundeshaushalt 2001 verabschiedet. Demnach wird 2001 der Etat für das BMZ (Einzelplan 23) um rund 122 Mio. DM auf 7,224 Mrd. DM angehoben. Dieser Ansatz entspricht nominell einer Erhöhung um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr. Der gesamte Bundeshaushalt 2001 bleibt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auf dem Niveau von 2000 (487,7 Mrd. DM).

Die Entwicklung des BMZ-Haushalts seit 1990 in Zahlen:

Jahr	Ausgaben (Soll) BMZ-Haushalt	Veränderungsrate gegenüber Vorjahr	Anteil am Bruttonatio- naleinkommen/BSP	Anteil am Bundes- haushalt
1990	7,685 Mrd. DM	+ 8,1%	0,42%	1,94%
1991	8,110 Mrd. DM	+ 5,5%	0,40%	1,98%
1992	8,317 Mrd. DM	+ 2,6%	0,38%	1,96%
1993	8,423 Mrd. DM	+ 1,3%	0,36%	1,84%
1994	8,220 Mrd. DM	- 2,4%	0,33%	1,71%
1995	8,103 Mrd. DM	- 3,1%	0,32%	1,70%
1996	8,144 Mrd. DM	+ 0,5%	0,30%	1,80%
1997	7,651 Mrd. DM	- 6,1%	0,28%	1,72%
1998	7,666 Mrd. DM	+ 0,2%	0,26%	1,68%
1999	7,763 Mrd. DM	+ 1,3%	0,26%	1,60%
2000	7,102 Mrd. DM	- 8,5%	0,23% *	1,46%
2001	7,224 Mrd. DM	+ 1,7%	0,23% *	1,51%
2002	7,108 Mrd. DM**	- 1,6 %	0,23% *	1,46
2003	7,004 Mrd. DM**	- 1,5 %	0,22% *	1,41%
2004	7,004 Mrd. DM**	0	0,22% *	1,39%

Die mit * versehenen Angaben sind geschätzt.

Die mit ** versehenen Angaben beruhen auf der von der Bundesregierung im Juni 2001 verabschiedeten mittelfristigen Finanzplanung.

Erhöhung ist nur Umbuchung

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich jedoch die Erhöhung des BMZ-Etats als reine Umbuchung von Haushaltsmitteln und damit als Augenschere. Denn erstmals sind auch die Mittel für den Balkan-Stabilitätspakt in Höhe von 200 Mio. DM, die Mittel für den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und den Staaten Mittel- und Osteuropas (Transform-Programm) in Höhe von 50 Mio. DM sowie der deutsche Beitrag zur Finanzierung der internationalen Entschuldungsinitiative in Höhe von 20 Mio. DM im BMZ-Etat budgetiert. Diese Haushaltsmittel stehen dem Entwicklungsministerium bereits in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung, wurden allerdings bisher in anderen Einzelplänen, z.B. Allgemeine Finanzverwaltung, vom BMZ mit bewirtschaftet.

Weniger Mittel für BMZ-Kernaufgaben

Die neue Haushaltszuordnung dieser Finanzmittel wird zwar vom BMZ in einer Pressemitteilung vom 21. Juni als Beleg für die „zentrale Rolle“ bewertet, die das Entwicklungsministerium innerhalb der Bundesregierung einnehme. Diese Aufwertung wird auch von den Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) begrüßt. Leider gehen diese neuen Aufgaben jedoch auch zu Lasten der finanziellen Mittel für die Kernaufgaben des BMZ, nämlich die Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern der Welt. Denn die 2001 erstmals in den BMZ-Haushalt eingearbeiteten Mittel in Höhe von insgesamt 270 Mio. DM wurden nicht komplett zu dem Ansatz 2000 hinzuaddiert. Zieht man die neuen Haushaltsmittel vom BMZ-Etat 2001 (7,224 Mrd. DM) ab, dann ergibt sich nur noch ein reduzierter Ansatz von 6,954 Mrd. DM, der 148 Mio. DM unter dem Haushalt 2000 liegt. Damit bewegt sich die Bundesregierung exakt im Rahmen der bereits im vergangenen Jahr beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung. Der Blick hinter die Kulissen des BMZ-Haushalts macht also deutlich, dass sich das Finanzministerium mit seinem Sparkurs gegenüber dem Entwicklungsministerium durchgesetzt hat. Abgesehen von der neuen Haushaltszuordnung der Ausgaben für den Balkan-Stabilitätspakt, die Entschuldungsinitiative und das Transform-Programm, bedeutet der Regierungsentwurf eine de-facto-Kürzung des BMZ-Etats um 1,7 % und damit eine Reduzierung der Mittel für die bisherigen Kernaufgaben des Ministeriums.

Mittelfristige Finanzplanung noch dramatischer

Und es droht noch Schlimmeres: Laut mittelfristiger Finanzplanung ist bei wachsendem Bundeshaushalt eine weitere Absenkung des BMZ-Haushalts in den kommenden Jahren geplant: -1,6 % in 2002; -1,5 % in 2003; 0,0 % in 2004. In absoluten Zahlen soll der BMZ-Etat im Jahr 2004 6,704 Mrd. DM (bzw. 7,004 Mrd. DM unter Einbeziehung der umgruppierten Einzeltitel) umfassen. Der Anteil des BMZ-Etats am Bundeshaushalt, der als Indikator für die Prioritätensetzung der Bundesregierung betrachtet werden kann, würde dann 2004 nur noch 1,39 % betragen. Damit setzt die Bundesregierung die bereits von der Vorgängerregierung eingeleitete entwicklungspolitische Talfahrt fort.

Ist dieser Trend politisch gewollt?

Vor dem Hintergrund des Trends der vergangenen Dekade erscheint es immer weniger überzeugend, dass dafür die Haushaltskonsolidierung entscheidend sein soll. Mit Nachdruck muss daher erneut die Frage gestellt werden, ob hinter dieser Entwicklung eine Absicht steckt und ob politisch gewollt ist, dass die deutsche Entwicklungspolitik zum Auslaufmodell wird.

Zuschüsse an NRO stagnieren auf niedrigem Niveau

Laut Regierungsentwurf bleiben die Zuschüsse an die Nicht-Regierungsorganisationen unverändert. Auf die einzelnen NRO-Titel wirkt sich der Haushaltsentwurf folgendermaßen aus:

Baransätze für den BMZ-Haushalt 2001 im Vergleich zu 2000

Titel	Baransatz 2001 (Soll)	Baransatz 2000 (Soll)
687 03 Sozialstrukturhilfe	34 Mio. DM	34 Mio. DM
684 01 Entwicklungspol. Bildung	5,8 Mio. DM	5,8 Mio. DM
687 06 Private Träger	34 Mio. DM	34 Mio. DM
687 25 Nothilfe	140 Mio. DM	140 Mio. DM
896 04 Kirchen	275 Mio. DM	275 Mio. DM
687 02 Ziviler Friedensdienst	19 Mio. DM	15 Mio. DM

In der Pressemitteilung des BMZ vom 21. Juni 2000 heißt es: „Besonderes Augenmerk haben wir im Entwurf für unseren Haushalt (...) auf die Stärkung der Zivilgesellschaft gelegt.“ Die Mittel zur Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von NRO, Kirchen, Stiftungen und entwicklungspolitische Bildung seien auf dem hohen Niveau des Haushalts 2000 stabilisiert.

Zwar ist es auf den ersten Blick erfreulich, dass die Mittel für NRO nicht gekürzt wurden, aber auch diese Aussage des BMZ ist ein Trugbild, wie der Blick auf die Entwicklung der NRO-Mittel in den vergangenen Jahren zeigt. Denn zum einen waren die Zuschüsse an Kirchen und für die Sozialstrukturhilfe seit 1996 erheblichen Kürzungen unterworfen. Zum anderen stagnieren die Haushaltsmittel für Private Träger seit längerem auf bekannt niedrigem Niveau. Und die Mittel für entwicklungspolitische Bildung liegen – nach einer Steigerung auf sehr niedrigem Niveau im Jahr 1999 - weit unter dem, was die Koalition beim Amtsantritt angekündigt hat. Lediglich der Titel für den Zivilen Friedensdienst ist im Regierungsentwurf um 4 Mio. DM erhöht worden. Während in den USA, in Kanada, der Schweiz, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern die Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungsorganisationen in den vergangenen Jahren ausgebaut und finanziell stärker unterstützt wurde, gibt es in Deutschland eine krasse Diskrepanz zwischen der offiziellen Wertschätzung der Arbeit von Kirchen und Privaten Trägern der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer faktischen finanziellen Unterstützung durch den Staat. Offensichtlich wird von der Bundesregierung immer noch das Wirkungspotential der NRO-Arbeit unterschätzt. Da diese über langjährige Erfahrungen und vielfältige Partnerstrukturen verfügen, wäre eine verstärkte NRO-Förderung eine zukunftsfruchtige Investition.

Mittelfristige Finanzplanung: Neuer Tiefstand zu erwarten

Durch die nominelle Erhöhung des BMZ-Etats ist es der Regierung nicht gelungen, den Abbau des deutschen Entwicklungshaushalts zu stoppen und den Etat für den Einzelplan 23 wieder schrittweise anzuheben. Nach der neuen mittelfristigen Finanzplanung sinkt der BMZ-Etat bereits 2002 wieder auf das Niveau von 2000 und erreicht bereits 2003 mit 7,004 Mrd. DM einen neuen Tiefstand.

NRO fordern: Regierungserklärung umsetzen

Um die Wachstumsrate für das Bruttonationaleinkommen und die Inflationsrate auszugleichen und um zusätzliche Mittel für den Balkan-Stabilitätspakt, die Entschuldungsinitiative und das Transform-Programm einstellen zu können, müsste der BMZ-Haushalt in der Größenordnung von mindestens 8 % angehoben werden. Erst dann hätte die Bundesregierung ihr Versprechen aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vom Oktober 1998 eingelöst: „Den Abwärtstrend des Anteils der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt werden wir stoppen.“

Im Rahmen des parlamentarischen Beratungsverfahrens zum Haushalt 2001 werden die entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen die von der Regierung angekündigte stärkere Unterstützung der Entwicklungspolitik, insbesondere für die Arbeit der NRO weiterhin einfordern. Die parlamentarischen Haushaltsberatungen beginnen im September, die erste Lesung des BMZ-Haushalts im Deutschen Bundestag ist für den 13. September vorgesehen.

Bonn, 12. Juli 2000